[illegible] für Politik. Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenberichte, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2,50, durch die Post M. 2,75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8—6, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klosterg. 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für [illegible] Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Bürgschaft für die nächsttägige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Postanweisung.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Dresden, 1890.

Prüfsteine
Neu! Neu!
zu sofortiger Erkennung falscher Gold- und Silbermünzen etc. Stück 2 Mk. Allein zu haben bei
G. H. Rehfeld & Sohn, Dresden.

Photographische Apparate für Amateure.
Preislisten gratis und franco.
Carl Plaul,
Dresden, Wallstrasse 12.

Oelfarben in Tuben für Kunst- und Decorationsmalerei.
Aquarellfarben trocken, halbfeucht und in Tuben.
Carl Tiedemann, Hoflieferant
Altstadt: Marienstrasse 10, Amalienstrasse 18.
Neustadt Heinrichstrasse, „Stadt Görlitz".

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 6, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effecten-Controle unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Ferd. Gerlach Nachfolger
Weinhandlung mit Probierstuben
Moritzstrasse 4. Fernsprechst. 321.
Ausführliche Preislisten versende frei. Gewähr für reine Naturweine.

I. und grösste Masken- und Theatergarderobe Max Jacobi, Galeriestrasse 2, part. und I. Et.
Telephon 389. Dominos in vorzügl. Auswahl für Herren und Damen. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt. Telephon 389.

Nr. 33. Spiegel: Preußisches Handelsministerium. Europäischer Bergarbeitercongreß. Ziele der Sozialdemokratie. Hofnachrichten. Project der Bahnhofsbauten. Typhusepidemie. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Sinfonie-Concert. „Braut von Messina." **Sonntag, 2. Februar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Eine frohe Kunde kommt aus Berlin: es wird nun Ernst mit dem Arbeiterschutz! Der Mann, der ihn einführen soll, ist gefunden: es ist der neue preußische Minister für Handel und Gewerbe, Herr v. Berlepsch. Fürst Bismarck verzichtet auf diesen Posten. Er hatte ihn zu seinen Aemtern als Reichskanzler und als preußischer Ministerpräsident im August 1880 übernommen, um eine organische Verbindung betreffs der wirthschaftlichen und sozialen Gesetzgebung des Reichs und Preußens herzustellen. Der Verwaltungskreis des preußischen Handelsministeriums war ein sehr geringer, nachdem die Verwaltung der Staatsbahnen, Bergwerke und öffentlichen Bauten vom Handelsministerium abgezweigt und zu einem eigenen „Ministerium der öffentlichen Arbeiten" vereinigt war, dem Herr Maybach vorsteht. Der neue Handelsminister v. Berlepsch erhält jedoch die Bergwerke zurück. Warum legt Fürst Bismarck das preuß. Handelsministerium nieder? Zwar hat er im vorigen Mai mit den im Reichstag gesprochenen Worten: „Es ist mit den Jahren für mich eine Nothwendigkeit geworden, den Kreis meiner Thätigkeit enger zu ziehen", eine triftige Erklärung gegeben; aber er ließ der Klage über Geschäftsüberhäufung doch nicht die Arbeitsentlastung wirklich folgen. Erst in dem vielbesprochenen Kronrath vor Schluß des Reichstags und der langen Sitzung des preußischen Gesammtministeriums, die am Sonntag darauf unter Bismarcks Vorsitz stattfand, muß in ihm der Entschluß gereift sein, sich thatsächlich zu entlasten. Glaubhaft wird berichtet, der Kaiser sei ein Freund des vom Reichstag einstimmig angenommenen Arbeiterschutzgesetzes, für das sich auch einige preußische Minister erklärten. Fürst Bismarck konnte sich bekanntlich damit gar nicht befreunden. An seiner Stelle übernimmt Herr v. Berlepsch das Ministerium für Handel und Gewerbe, der als Oberpräsident der industriereichsten Provinz Preußens bereits in Betreff der Sonntagsruhe und der Nachtarbeit sehr Anerkennenswerthes geleistet hat. Was er in kleinerem Kreise im Verwaltungswege einführte, kann er jetzt auf erweitertem Felde durch die Gesetzgebung verwirklichen. Hr. v. Berlepsch war früher Regierungspräsident in Düsseldorf; hier hatte er im Mai durch sein besonnenes Verhalten das größte Verdienst daran, daß der Bergarbeiterstreik im Ganzen friedlich verlief; dafür zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz befördert, sorgte er durch Beseitigung der Sperre dafür, daß der Dezemberstreik rasch beigelegt wurde.

Herr v. Berlepsch kennt die Bergarbeiterverhältnisse aus langjähriger unmittelbarer Amtsthätigkeit. Es ist ihm nicht entgangen, daß diese Bewegung seit dem Frühjahr zum Theil in's sozialdemokratische Fahrwasser geleitet worden ist. Ein erheblicher Theil der Bergleute Deutschlands hält sich jedoch, wie die Wahlbewegung und andere Thatsachen bezeugen, glücklicherweise hiervon fern und bekämpften mit rühmlichem Eifer die sozialdemokratischen Bestrebungen. Unter letzteren ist der Versuch, einen internationalen Kongreß der Bergleute Europas zu Stande zu bringen, besonders bemerkenswerth. Ein solcher wird besonders von England aus betrieben. In voriger Woche beschlossen die englischen Bergleute in Durham mit den Bergarbeitern Deutschlands, Belgiens, Frankreichs und anderer Länder einen internationalen Kongreß Ende Mai in Brüssel abzuhalten. Was die englischen Bergleute damit bezwecken, daraus machen sie gar kein Hehl. Der Kongreß soll die Bergleute auf dem Festlande Europas antreiben, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu fordern, um die festländische Kohle so zu vertheuern daß sie in der Konkurrenz mit der englischen unterliegt. Wenn es die Bergleute auf dem Festlande durchsetzten, daß sie bei gleicher Arbeitszeit die weit höheren Löhne, die das reiche England zahlen kann, erhalten, dann hat England gewonnen. Der festländische Kohlenbau muß zurückgehen, er kann allenfalls noch den inländischen Bedarf befriedigen, aber in's Ausland kann keine Kohle mehr ausgeführt werden, sodaß England seine Konkurrenten aus dem Felde schlägt. Bisher vermochte sich z. B. die deutsche Kohle auswärts Absatzgebiete zu erobern und sie that damit der englischen Abbruch. Das will England nicht mehr leiden, ja, es will sogar Hamburg als Einfuhrhafen für seine Kohle zurückerobern und damit der deutschen in Deutschland Konkurrenz machen. Denn England wird, trotz der höheren Löhne, stets im Vortheile gegen den festländischen Kohlenbergbau sein, da seine Kohle ein ganz besonders ergiebiger Brennstoff ist, seine Kohlengruben äußerst mächtig sind und vor Allem so nahe am Meer liegen, daß die Transportkosten bis zur Verschiffung höchst gering sind. Wie hohe Eisenbahnspesen liegen z. B. auf der schlesischen Kohle! Es gehört eine wahrhaft rührende Naivetät dazu, diese von der gröbsten Selbstsucht eingegebenen englischen Pläne deutscherseits zu begünstigen. Mögen sich daher die deutschen Bergleute hüten, den Verlockungen der Sozialdemokraten, die sie auf den internationalen Kongreß treiben wollen, zu folgen! Sie handeln gegen ihr eigenes Interesse.

Diese Warnung an die Arbeiter, die Augen offen zu halten und sich nicht von falschen Propheten umgarnen zu lassen, legt die gegenwärtige Wahlbewegung besonders nahe. Was wird den Arbeitern nicht Alles versprochen, sobald sie nur die Güte haben, sozialdemokratische Stimmzettel in die Urnen zu werfen! Dabei hütet sich die Partei, ihre letzten Ziele deutlich klar zu legen. Herr Bebel wurde im sächsischen Landtag dazu aufgefordert. Er erklärte, daß ein Programm zwar vorhanden sei, jedoch noch nicht detaillirt; er und seine Partei seien heute noch nicht in der Lage, zu sagen," was sie thun würden, wenn sie die Leitung des Staates in der Hand hätten, sie würden das wahrscheinlich in Jahren noch nicht sagen können; doch finde er begreiflich, daß die anderen Parteien die Erreichung dieser Ziele zu verhindern suche. Dabei muß Herr Bebel zugeben, daß der heutige Staat manches Anerkennenswerthe geleistet habe und auch für die unteren Klassen eingetreten sei. In den Wahlflugblättern und bei den Rednern seiner Partei ist von diesem Zugeständniß Nichts zu bemerken; aber es ist von dieser Erklärung Akt zu nehmen. Hr. Liebknecht erklärte, daß er im Laufe der Zeit praktischer geworden sei, aber seine Ziele seien dieselben geblieben. Hr. Bebel aber schreibt bei der Neuauflage einer seiner Schriften, „Unsere Ziele", daß seine jetzigen Anschauungen ganz andere geworden seien, sodaß von seiner Schrift eigentlich nur noch die Ueberschrift übrig geblieben sei. Was also sind denn nun die sozialdemokratischen Ziele? Als in einer Lausitzer Versammlung eine Stelle aus einem anderen Bebel'schen Buche vorgetragen wurde, welche den Unwillen der Hörer erregte, da hieß es: Das sei eine Privatansicht Bebel's und kein Satz des sozialdemokratischen Programms. Der Minister des Innern bemerkte mit vollem Rechte, die Sozialdemokraten sagten heute noch dasselbe, wie vor 10 Jahren, nur etwas in Watte eingewickelt. Früher drückten sie es so aus: wir wollen das Haus, in dem Ihr bisher gelebt, bei der nächsten Gelegenheit wegbrennen; jetzt sagen sie: wir wollen daran rütteln, bis es umfällt. Der Minister fand es daher nicht verwunderlich, wenn nicht Jeder auf die jetzige mildere Ausdrucksweise der Sozialdemokraten großes Gewicht lege. Er forderte daher die Sozialdemokraten auf, offen anzugeben, was sie wollten; man müsse doch das Dach kennen lernen, unter dessen Schutze sie der zukünftigen Gesellschaft die irdische Glückseligkeit versprechen. In dem „Vaterland", dem Parteiblatte der sächsischen Conservativen, findet sich die Bemerkung, daß „die Sozialdemokratie die Revolution vielleicht nicht will, aber mit Nothwendigkeit ihr zutreibt. Daß sie niedergeworfen wird, wie alle Revolutionen, ist kein Zweifel, Chronos verschlingt seine eigenen Kinder". Soviel steht fest, daß eine Revolution unsagbares Unheil über die Menschheit bringen würde und nicht zum Wenigsten über die arbeitenden Volksklassen. Darum werden wir nicht müde werden, vor dem Beschreiten dieses Weges zu warnen. Unser Kaiser hat den Weg angegeben, den sozialen Frieden zu erhalten, es ist der Weg sozialer Reformen. An dem Volke aber, insonderheit auch an den Arbeitern, ist es, durch die Wahl einsichtsvoller Abgeordneter dem Kaiser sein hohes Amt zu erleichtern. Das Bürgerthum aber, das gegenüber dem Spielen mit dem sozialdemokratischen Feuer nicht fest zusammenhielte, würde nur gegen sich selbst wüthen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 1. Februar.

Berlin. Der Kaiser ertheilte gestern dem sächsischen Gesandten Grafen von Hohenthal eine Audienz; später wohnte er einer Sitzung des Staatsministeriums im Reichskanzler-Palais bei. — Heute empfing der Kaiser den Prinzen Friedrich von Hohenzollern, der sich zur Theilnahme an den Beisetzungsfeierlichkeiten nach Turin begeben hatte. — Der Kaiser hat als Zeichen seiner besonderen Gunst der Stadt Hannover die Bezeichnung als Haupt- und Residenzstadt ertheilt. — Der Besuch der Königin von Italien am hiesigen Hofe steht für den Monat April bevor. — Die Verhandlungen des preußischen Landtages werden wegen der Reichstagswahlen vom 10. bis 24. Februar vertagt werden. — Hofprediger Stöcker ist in Nürnberg als Reichstagskandidat aufgestellt worden. — Dem Abgeordnetenhause ist ein Gesetzentwurf zugegangen, welcher die Regierung ermächtigt, mit der Ausführung des Projektes zur Verbesserung der Schifffahrt auf der Oder von Breslau bis Kosel vorzugehen, wenn zu den Grunderwerbs- ꝛc. Kosten aus Interessenten-Kreisen ein Beitrag von 1,617,100 Mk. in rechtsgiltiger Form übernommen und sicher gestellt ist.

Köln. Der „Köln. Ztg." zufolge wird die portugiesische Regierung am Montag ein umfangreiches Memorandum an die Mächte senden, worin eine Konferenz vorgeschlagen wird.

Paris. In Mortagne, einem Dorfe im Departement du Nord, ist gestern der Kirchthurm eingestürzt. Mehrere Häuser sind dabei zertrümmert und 4 Personen verschüttet worden. — Der Ministerrath beschloß, zur Verhütung der Wiederkehr wüster Prügeleien in den Volks- und Wahlversammlungen Vorkehrungen zu treffen.

London. Der „Times" zufolge droht in Montenegro abermals eine Hungersnoth auszubrechen. — Von Kreta wird gemeldet, in verschiedenen Ortschaften seien 4 Türken von Christen getödtet worden. Die christlichen Einwohner, die Rache der Türken fürchtend, hätten sich mit ihren Habseligkeiten in's Gebirge geflüchtet. Am Sonnabend seien Truppen in einigen Ortschaften des Kreises Kamara eingerückt, dieselben hätten die darin verbliebenen Einwohner verhaftet und gemißhandelt und die Häuser ausgeplündert.

Berliner Börse. In Folge der anhaltenden Geldflüssigkeit vollzogen sich umfangreiche Käufe. Die Course eröffneten höher als gestern, gaben aber später vorübergehend etwas nach. Banken lebhaft und besser. Deutsche Bahnen ruhig, aber fest, besonders Lübecker. Oesterreichische Bahnen wiesen theilweise erhebliche Erhöhungen auf. In Bergwerken vollzogen sich große Deckungskäufe. Kohlenaktien zu Beginn prozentweise höher. Später wurde die Haltung wieder recht fest; besonders waren lokale Banken, fremde Renten, deutsche und Schweizer Bahnen höher. Von österreichischen Bahnen Franzosen matt. Dux-Bodenbacher auf Wiener Käufe höher. Im Kassaverkehr waren Banken befestigt, deutsche Bahnen fest, österreichische wenig beachtet, für Bergwerke bestand günstige Stimmung. Industriepapiere ruhig; deutsche Fonds fest, österreichische Prioritäten still. Privatdiskont 3 Prozent. Nachbörse fest. — Wetter: vorwiegend heiter, Südwind, vergangene Nacht Reif.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 281,50. Staatsb. 180,25. Lomb. 115,50. Galizier 183,00. Egypter 94,80. 4proz. Ung. Goldr. 90,00. Disconto 245,20. Dresdn. Bk. 183,20. Laura 163,00. Gelsenkirchen —,—. Behauptet.

Wien. (Abends.) Credit 325,00. Staatsbahn 216,00. Lombarden 133,00. Nordwest 197,75. Marknoten 57,72. Ung. Credit 349,75. Behauptet.

Paris. (Schluß.) Rente 87,72. Anleihe 105,60 excl. Italiener 94,20. Staatsbahn 488,75. Lombarden 302,50. do. Prioritäten —. Spanier 72⁵⁄₁₆. Egypter 473,43. Ottomanen 535,75. Comptoir 630,00. Behauptet.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per April 24,10, per Mai-August 24,10, ruhig. Spiritus per April 35,25, per Mai-August 37,50, ruhig. Rüböl per April 61,00, per Mai-August 59,20, fest.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 201, per Mai 205. Roggen per März 143, per Mai 146.

Oertliches und Sächsisches.

— Nach den Ministervorträgen im Residenzschloß nahm vorgestern Se. Maj. der König die Meldungen mehrerer Militärs entgegen, unter denen sich die Obersten v. Globig, v. d. Planitz und v. Hammerstein befanden.

— Se. Majestät der König begab sich gestern früh 7 Uhr in Begleitung Sr. Königl. Hoheit Prinz Georg und mehrerer Kavaliere mittels Extrazuges bis Buschmühle, um später auf Schmiedeberger Revier Hochwildjagd abzuhalten. Das Diner ward in der Königl. Villa zu Strehlen eingenommen.

— Morgen findet im Königl. Schloß ein größeres Diner statt, zu welchem die Präsidenten, Vizepräsidenten sowie Mitglieder beider Kammern, höhere Staatsbeamte und Militärs Einladungen erhalten haben.

— Die Besserung in dem Befinden Ihrer Majestät der Königin macht erfreuliche Fortschritte. Ihre Majestät bringt täglich einige Stunden außer Bett zu. Der Husten ist mäßig. Die Kräfte haben sichtlich zugenommen.

— Der Prokurist der Verlagsbuchhandlung Ludwig Herbig in Leipzig, Rech, erhielt das Ritterkreuz 2. Kl. vom Albrechtsorden.

— Gestern wurde in dem Sitzungssaale des evangelischen Landeskonsistoriums Herr Oberkonsistorialrath Dr. Meier durch den Präsidenten Herrn v. Berlepsch als Vizepräsident genannter oberster geistlichen Behörde feierlich eingeführt. Heute hält Herr Dr. Meier in der evangelischen Hofkirche seine Antrittspredigt als Oberhofprediger.

— Freiherr v. Friesen hat in der 1. Kammer nachstehenden Antrag eingebracht: Die Kammer wolle die Staatsregierung ersuchen, von den in der verflossenen Finanzperiode 1888/89 voraussichtlich verbleibenden und in dem nächsten Staatshaushalts-Etat 1892/93 zur Verrechnung gelangenden Ueberschüssen die Summe von Einer Million Mark als eisernes Kapital — dessen Zinsen dem evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium zur freien Verfügung stehen — dem von dem evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium verwalteten allgemeinen Kirchenfonds überweisen zu wollen.

— Die Finanzdeputation der 1. Kammer beantragt durch ihren Berichterstatter v. d. Planitz, die von der 2. Kammer bereits genehmigten Eisenbahnenbauten Gera-Pforten-Wolfsgefährth; Falkenstein-Muldenberg; Taubenheim-Oppach-Tümhennersdorf; Hohenfichte-Eppendorf; Oschatz-Strehla und Wolkenstein-Jöhstadt gleichfalls zu bewilligen.

— Die Leistungen, die der Staat von der Stadtgemeinde Dresden zur Durchführung des Planes für die Umgestaltung der Dresdner Bahnhöfe fordert, sind folgende: Die Stadtgemeinde tritt den erforderlichen und zur Zeit im Besitze der Stadtgemeinde befindlichen Grund und Boden nach vorheriger Beseitigung aller darauf befindlichen Baulichkeiten abgeräumt und unentgeltlich an den Staatsfiskus ab und verzichtet auf alle Entschädigungen für Durchschneidung, Licht- und Luftentziehung, sowie auf sonstige Nebenentschädigungen. Die Stadtgemeinde besorgt auf ihre Kosten alle zur Durchführung des Planes erforderlichen oder aus Anlaß derselben herzustellenden Anlagen neuer Straßenzüge, sowie alle zu dem angegebenen Zwecke an städtischen Straßen, Fahrwegen und Plätzen, beziehentlich an der sogenannten Bahnhofstraße (Verbindung der Bergstraße mit dem Böhmischen Bahnhofe) vorzunehmenden Aenderungen, einschließlich der Beleuchtungs- und Entwässerungs-Einrichtungen, der Wasserleitungen, Baumpflanzungen und Einfriedigungen. Die Kosten der Erwerbung der zu den planmäßigen Straßenverlegungen benöthigten Grundflächen, soweit diese letzteren sich nicht im städtischen Besitze befinden, bestreitet der Staatsfiskus, wogegen demselben das Areal der abzuwerfenden Straßentheile unentgeltlich zu überlassen ist. Für die Kosten der von der Staatseisenbahnverwaltung planmäßig auszuführenden Herstellung von Brücken und Widerlagern zum Zwecke der Unter- und Ueberführung von Straßen, welche durch die Hebung der Durchgangsgleise zwischen der Residenzstraße und der verlegten Bergstraße nöthig und beziehentlich möglich gemacht wird, sowie zum Zwecke der Unterführung einer neuen Straße unter dem Rangirbahnhofe Dresden-Friedrichstadt zahlt die Stadtgemeinde als Gegenleistung eine Pauschalvergütung von 1,000,000 Mk. in baarem Gelde an den Staatsfiskus. — Der Gesammtaufwand für die Durchführung des ganzen Projektes von 31,870,000 Mk. setzt sich aus folgenden Anschlagsummen zusammen: Für 1) Hauptpersonenbahnhof in Dresden-Altstadt (von Strehlen bis zur Falkenbrücke) 8,965,000 Mk.; 2) Abstell- und Güterbahnhof in Dresden-Altstadt 2,070,000 Mk.; 3) Verbindungsbahn mit Haltestelle „Wettinerstraße" (von der Falkenbrücke bis zur Marienbrücke) 2,950,000 Mk.; 4) Rangirbahnhof in Dresden-Friedrichstadt 5,600,000 Mk.; 5) Personenbahnhof in Dresden-Neustadt 3,370,000 Mk.; 6) Güterbahnhof in Dresden-Neustadt 1,940,000 Mk.; 7) Verlegung der Dresden-Leipziger Personenzugsgleise vom neuen Personenbahnhofe bis Pieschen) 1,520,000 Mk.; 8) Rangirbahnhof in Kötzschenbroda(?) 390,000 Mk.; 9) Verbindungsbahn bei Zitzschewig 400,000 Mk.; 10) Elbbrücke für zwei Gütergleise 1,550,000 Mk.; 11) Werkstättenbahnhof in Dresden-Friedrichstadt 4,065,000 Mk.; 12) Zweites Gleis von Dresden-Friedrichstadt bis Naundorf 1,110,000 Mk.; 13) Dienstgebäude an der Strehlener Straße 1,000,000 Mk.; Summe wie oben 34,870,000 Mk. Der veranschlagte Gesammtaufwand wird sich jedoch um die von der Stadtgemeinde Dresden zu übernehmenden Leistungen — soweit dieselben nicht in baulichen Herstellungen oder in Arealüberlassung, sondern in einem baaren Kostenbetrage bestehen — noch vermindern.

— Um die Arbeitgeber in ihren dankenswerthen Bestrebungen zu unterstützen, ihre Arbeiter auf die Bedingungen hinzuweisen, deren Erfüllung nothwendig ist, um der Wohlthaten der Alters- und Invalidenversorgung theilhaftig zu werden, hat die Albanus'sche Buchdruckerei in Dresden in Plakatform einen Anschlag für Fabrik- und Geschäftsräume hergestellt, auf dem in gedrängter Kürze die wichtigsten Bestimmungen über den Beitritt zur Invaliditäts- und Altersversicherung zusammengestellt sind. Ein Stück dieses Auszugs kostet 20 Pfg., zehn Stück 1,50 Mk. Der Inhalt des großen Plakates lautet: „Das Reichsgesetz über die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889 tritt voraussichtlich den 1. Januar 1891 in Kraft. Dasselbe schreibt für die Invalidenrente eine Wartezeit von 5, für die Altersrente aber eine solche von 30 und ein Lebensalter von 70 Jahren vor. Bezüglich der Invalidenrente kürzt sich jedoch für die während der ersten 5 Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes erwerbsunfähig werdenden Arbeiter die Wartezeit entsprechend ab, wenn sie wenigstens 47 Wochen lang Beiträge geleistet und beziehentlich bis zum Jahre 1886 zurück in einem Arbeits- oder Dienstverhältniß gestanden haben, welches die Versicherungspflicht begründen würde, und bezüglich der Altersrente für diejenigen Arbeiter, welche zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes das 40. Lebensjahr überschritten haben, wenn sie während der vorhergegangenen drei

Hotel „Fürst Bismarck".
An der Frauenkirche 22 und Neumarkt 5.